

**Protokoll**

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 4. April 2011

\*\*\* Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung \*\*\*

**8. Sitzung vom Montag, 4. April 2011, 19.00 bis 20.40 Uhr, im reformierten Kirchgemein-  
dehaus**

---

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 25 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Walter Bosshard, Stadtpräsident Mark Eberli Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Willi Meier Willi Wismer Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
<b>Entschuldigt:</b>	Roger Emch, Gemeinderat Peter Müller, Gemeinderat Andrea Schmidhauser, Gemeinderätin Walter Baur, Stadtrat
<b>Vorsitz:</b>	bis Traktandum 2a): Andrea Spycher ab Traktandum 2b): Stephan Stottele
<b>Protokoll:</b>	Denise Meyer, Ratssekretärin
<b>Weibeldienst:</b>	Gino Taiana, Stadtweibel

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

### Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2011
2. Wahlen
  - a) Präsident/in des Gemeinderats
  - b) 1. Vizepräsident/in
  - c) 2. Vizepräsident/in
  - d) 3 Stimmenzähler/innen
  - e) Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission
3. Interpellation Samuel Lienhart und Mitunterzeichner vom 24. Januar 2011 betreffend Entwicklungshilfe-Prozent - Begründung
4. Städtische Liegenschaft Allmendstrasse 8, Stadthalle, Erneuerungsarbeiten (5. Etappe); Bauabrechnung
5. Feldstrasse, Neubau Rad- und Gehweg Kaffeestrasse - Schritwisенweg, Neubau Gehweg Schritwisенweg – Ackerstrasse, Genehmigung Bauabrechnung
6. Dienstbarkeitsvertrag zwischen dem Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) und dem Kanton Zürich - Jährlich wiederkehrende Baurechtszinsen von 547'095 Franken, Anteil Bülach: 55'905 Franken
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Verschiedenes

### Eingang von persönlichen Vorstössen

#### **Interpellation Manuel Hüsser und Mitunterzeichner vom 29. März 2011 betr. Ökostrom**

Die Elektrizitätswerke bieten mittlerweile differenzierte Produkte an, unter anderem auch Ökostrom, welcher unter Verzicht auf Strom aus Kernkraft erzeugt wird. Bei Ökostrom gelten höhere Tarife.

Die Unterzeichnenden laden den Stadtrat ein, folgende Fragen zu prüfen und zu beantworten:

1. Welche Ökostromangebote stehen der Stadt Bülach zur Verfügung?
2. Mit welchen Mehrkosten für die Stadt Bülach wäre eine Umstellung auf Ökostrom verbunden?



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

3. Wie stellt sich der Stadtrat zu einem Umstieg von Atom- zu Ökostrom?

Die Interpellation wird gemäss Art. 44 der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt.

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2011**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Januar 2011 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

Traktandum 2

### **Wahlen**

---

#### **a) Präsident/in des Gemeinderats**

**Die Vorsitzende** beschliesst ihr Präsidialjahr mit folgenden Worten: „Ich möchte mich an dieser Stelle von Euch, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, liebe Gäste, mit folgenden Worten von meinem Amt als GR-Präsidentin, verabschieden:

Zu Beginn meines Amtsjahres war mein Ziel, das habe ich damals so erörtert, den Gemeinderat gegen aussen als motiviertes und sich für Bülach einsetzendes Team, zu vertreten. Heute Abend frage ich mich kritisch, ob mir das gelungen ist.

Zwar durfte ich viele spannende, vielseitige Anlässe besuchen, ich habe aber die Erfahrung gemacht, dass viele Leute gar nicht interessiert waren oder sich die Gelegenheit wirklich nicht ergeben hat, intensive Diskussionen über die Politik zu führen. Ich habe gemerkt, dass an vielen Anlässen, die Leichtigkeit, die Unbeschwertheit im Vordergrund gestanden ist und sich dadurch zwangsläufig vielmals nur Smalltalk ergeben hat.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

Sie können es mir glauben, ich habe in diesem Jahr an diesen Anlässen wahrscheinlich mehr Cüpli getrunken und Häppli gegessen, als tiefschürfende Gespräche geführt. Drum ist der Titel „höchste Bülacherin, höchster Bülacher“ von mir als Politikerin her gesehen eher eine Farce. Ich glaube, die Wichtigkeit dieses Amtes wird durch den Namen überschätzt, bzw. ich habe gemerkt, dass es bei politisch weniger Interessierten vielmals mit dem Amt des Stadtpräsidenten verwechselt wird. Sie müssen mich jetzt nicht falsch verstehen. Ich will nicht die Verantwortung dieser Aufgabe ins Lächerliche ziehen, ich will vielmehr meinen persönlichen Eindruck darstellen.

Das Amt hat mir aber von anderer Seite her trotzdem ungemein viel Freude gemacht und das ist die Bereicherung, welche meiner Persönlichkeit zu Gute gekommen ist. Nur dank diesem Titel durfte ich in vorderster Reihe mit unseren Regierungsräten sitzen und auch nur deshalb war es mir vergönnt, zum ersten und wahrscheinlich letzten Mal in meinem Leben, ein rotes Band zu durchschneiden. Ich durfte das Bächtelen aus erster Reihe von oben aus dem Rathaussaal verfolgen und mit Wehmut, aber auch mit einem grossen „Augenzwinkern“, habe ich meine Parkkarte wieder abgegeben. Ich wäre wahrscheinlich nicht ehrlich wenn ich sagen würde, diese Aufmerksamkeit und Privilegien seien unangenehm gewesen...

Die grösste Befriedigung und Herausforderung aber durfte ich schon durch die Führung unserer Ratssitzungen, bzw. durch die entsprechenden Vorbereitungen dazu, erfahren. Es war nicht immer einfach, vor allem auch meiner Fraktion klarzumachen, dass gelegentliche Vorstösse, welche das Büro als nicht zulässig beurteilte, wirklich auch nicht zulässig waren. Bald einmal, und das habe ich gespürt, kam die Meinung auf, die Fänge der Verwaltung hätten nun auch bei mir zugeschlagen. Es war für mich immer wieder eine Herausforderung klarzumachen, dass die geltenden Gesetze und Paragraphen und nicht die Manipulation der Verwaltung mich jeweils zu diesem Entscheid gezwungen haben. Ich kann heute Abend mit gutem Gewissen sagen, dass ich nicht im Netz der Verwaltung hängen geblieben bin, dass aber das Netzwerk „Verwaltung zu mir“ sehr gut funktioniert hat.

Dass diese Zusammenarbeit stets so reibungslos geklappt hat, ist vor allem auf unsere Ratssekretärin zurückzuführen. Nicht nur konnte man sich immer zu 100% auf sie verlassen, auch hat ihr aufgestelltes Wesen immer dazu beigetragen, jedem noch so schwierigen Fall eine positive Note abzugewinnen. Liebe Denise, ganz ganz herzlichen Dank für Deinen Einsatz.

Ein bekannter Politiker sagte einmal: „Wir treten auf, wir spielen, wir treten ab.“



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

Ich trete ab in meinem Amt als Gemeinderatspräsidentin, aber ich spiele noch etwas weiter. Ich danke Euch allen, aus allen politischen Lagern, für Eure Unterstützung und das Vertrauen, aber auch für Eure manchmal kritischen Voten. Die ärgerten mich zwar im ersten Moment, aber im Nachhinein haben sie mich in meinen persönlichen Erfahrungen weitergebracht. Meinem Nachfolger wünsche ich von Herzen ein ebenso interessantes Amtsjahr, wie ich es erleben durfte.“

**David Weingartner** schlägt namens der IFK **Stephan Stottele** (FDP) für das Präsidium vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 20 Stimmen auf **Stephan Stottele** und 5 Wahlzettel wurden leer eingelegt. Das absolute Mehr beträgt somit 11. **Stephan Stottele** ist für das Amtsjahr 2011/12 als **Präsident** gewählt.

**Stephan Stottele** bedankt sich für das Vertrauen mit folgenden Worten: „Freude herrscht – mit dieser, seiner höchst eigen gewordenen Redewendung, begrüßte Alt Bundesrat Adolf Ogi am 7. August 1992 Claude Nicollier, den ersten Schweizer im Weltall aus dem Verkehrshaus der Schweiz in Luzern.

Warum Quote ich heute Abend diesen Kandersteger, diesen Alt Bundesrat, diesen ehemaligen direkten Berater des UNO-Generalsekretärs, Ehrendoktor der philosophisch-humanistischen Fakultät der Uni Bern, diesen Ehrenpräsidenten der Swiss Olympic Association, Präsident des Advisory Board des Swiss Economic Forums in Thun, Präsident der Stiftung Stockalperturm Gondo, Ehrenmitglied der Stiftung Swisscor, Mitglied der Stiftung SCORT, Patronatsgeber Unesco Welterbe Schweizer Alpen Jungfrau-Aletsch, Direktionsmitglied der NGO Righth to Play International. Diesen Kandersteger Bergführersohn Adolf Ogi. Ja warum? Weil er eines meiner grossen Vorbilder ist. Ein Mann der Zeit seines Lebens Vorbild war, ist und bleiben wird, weil er vorbildlich führt und motiviert, vorbildlich mit Menschen umgeht. Ein normaler Kerl von Nebenan ist, für den der Bergbauer im Übergwändli und Miststiefeln genau so viel wert ist, wie der Banker oder eben ein Bundesrat im Armanianzug. Weil er einer von denen ist, die Spitzenleistung fordern und individuelle Leistung auf allen Ebenen, stufengerecht fördern. Einer von denen, die mit ihrer Art, mit Menschen umzugehen, jedermann volksgruppenübergreifend zu Höchstleistungen anspricht.

Noch sind wir zwar alle in der gemütlichen Situation, dass wir noch gar nicht zur Höchstleistung auflaufen müssen, denn wir sind ja nach wie vor auf dem Niveau der wohlgenährten, sich in der gemütlich lauwarmen Wellness-Oase suhlenden Wollmilchsau, die eigentlich keinen Grund hat, sich um irgendetwas Sorgen zu machen. Na gut, das Strahlen vergeht uns langsam, aber wenn man es nicht ganz so genau nimmt und sich dabei noch ein bisschen suhlt, dann eilt es noch nicht



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

so, die Privilegien und Errungenschaften der industriellen Dienstleistungs-Spass-Gesellschaft gleich und sofort abzustellen oder sich darüber ernsthaft Sorgen zu machen, wie es „dann einmal“ weitergehen könnte.

Man könnte auch sagen, dass es eigentlich nicht der Auftrag dieses Parlaments, dieser Legislative ist, sich über derartige regionen-, länder-, kontinentsübergreifende Fragen Sorgen zu machen. Und doch erwarte ich von uns allen, dass wir uns sehr gut überlegen, ob wir nicht sogar mit wenig Aufwand und stufengerechter Motivation und proaktiver einzigartig bülianischer Unterstützung auf möglichst vielen Ebenen eine Vorzeigestadt, zum Beispiel möglichst autonomer Energieversorgung werden könnten. Das wäre zum Beispiel eine Überlegung wert und ganz schön trendy.

Sie alle, die Sie heute Abend hier sitzen, haben aber schon ein gutes Stück der Eier legenden sich suhlenden Wollmilchsau abgelegt, denn jeder Einzelne von Ihnen ist bereit ein gutes Stück Privatleben in das Wohlergehen unserer Stadt Bülach und Ihrer Einwohner zu investieren – und alleine diese Bereitschaft verdient ein sehr grosses Dankeschön!

Ich gehe davon aus, dass jeder, der in diesem Rat einsitzt, bereit ist sein Bestes zu geben, damit Bülach sich ausgezeichnet weiterentwickeln kann und jeder sich intensivst Gedanken macht, mit welchen möglichst einfachen, unkomplizierten, günstigen und dementsprechend effizienten Vorstössen wir gemeinsam dieses Bülach der Zukunft formen können.

Dass ich heute Abend hier stehe, hat aber natürlich nur am Rande effektiv mit Dölf Ogi zu tun. Wirklich Schuld ist mein hoch geschätzter, leider viel zu früh verstorbener Jodlerkamerad und Gemeinderat Heinz Kousz. Heinz hat mehr als einmal intensiv mit mir geredet und mich dazu motiviert, mich mit der Politik auseinander zu setzen. Und es ist sein Verdienst, dass ich schlussendlich den Entschluss gefasst habe, nach reiflicher Überlegung und intensivem Studium aller Parteiprogramme, in eine politische Partei einzutreten.

Es ist mir sehr wichtig, dass gerade Sie alle, die Delegierten des Volks der Stadt Bülach, für unsere Arbeit hier im Rat in Ihren Kreisen Werbung machen und weitere Menschen dazu motivieren, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen und sich möglicherweise für ein Amt in einer Behörde oder dem Vorstand einer politischen Organisation zu bemühen. Denken Sie immer daran, dass Sie nicht nur die Vertreter, sondern auch Multiplikatoren des politischen Lebens in Bülach sind und tragen Sie den Spirit Bülis und seiner Politik nicht nur in sich, sondern auch nach aussen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

Ich gebe Ihnen allen an dieser Stelle mein Versprechen ab, dass mir neben der Freude, die heute Abend bei mir herrscht, auch das Gewicht der Verpflichtung, der Bereitschaft und des Willens, die mir von Ihnen auferlegten Pflichten und Rechte mit grösster Sorgfalt und nach bestem Wissen zu verwalten, zu gestalten und umzusetzen. Dass ich und das gesamte Team des Büros dabei von unserer ausgezeichneten Verwaltung hervorragend unterstützt werden, dafür danke ich stellvertretend der Sekretärin des Rats Denise Meyer im Voraus. Ihnen danke ich für Ihr Vertrauen und erkläre in diesem Sinne mit Freude Annahme der Wahl.“

### b) 1. Vizepräsident/in

**David Weingartner** schlägt namens der IFK Denis Faoro (SP) als 1. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 21 Stimmen auf Denis Faoro, 4 Wahlzettel wurden leer eingelegt. Das absolute Mehr beträgt somit 11. **Denis Faoro** ist für das Amtsjahr 2011/12 als **1. Vizepräsident** gewählt.

### c) 2. Vizepräsident/in

**David Weingartner** schlägt namens der IFK Michael Graf (SVP) als 2. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 25 Wahlzetteln 19 Stimmen auf Michael Graf, 6 Wahlzettel wurden leer eingelegt. Das absolute Mehr beträgt somit 10. **Michael Graf** ist für das Amtsjahr 2011/12 als **2. Vizepräsident** gewählt.

### d) 3 Stimmzähler/Innen

Die IFK mach gemäss **David Weingartner** folgenden Wahlvorschlag für die Stimmzähler:

- **Manuela Meier (SVP)**
- **Julia Pfister (EVP)**
- **Claude Schwank (Grüne)**



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

Im ersten Wahlgang erreichen das absolute Mehr (13 Stimmen) und sind gewählt:

Manuela Meier	23 Stimmen
Julia Pfister	23 Stimmen
Claude Schwank	23 Stimmen

Folgende Sektoren werden den Stimmenzählern zugewiesen:

Manuela Meier	Block links
Julia Pfister	Block rechts
Claude Schwank	Block Mitte (inkl. GR Büro)

### e) Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Als abtretende Präsidentin hat Andrea Spycher wieder in eine Kommission Einsitz zu nehmen.

**David Weingartner** schlägt namens der IFK vor, Andrea Spycher der RPK zuzuteilen.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der offenen Wahl wird **Andrea Spycher** mit 24 Stimmen in die RPK gewählt.

Traktandum 3

### **Interpellation Samuel Lienhart und Mitunterzeichner vom 24. Januar 2011 betreffend Entwicklungshilfe-Prozent - Begründung**

---

Samuel Lienhart und Mitunterzeichner haben mit Datum 24. Januar 2011, eingegangen am 24. Januar 2011, eine Interpellation betr. Entwicklungshilfe-Prozent eingereicht. Wortlaut: „Am 10.06.2001 stimmte das Volk über den Antrag des Entwicklungsprozents ab. Der Antrag lautete: «Die Politische Gemeinde wendet maximal jährlich 1% des einfachen Staatssteuerbetrags zur Finanzierung langfristiger Projekte in Entwicklungsgebieten auf. Die Höhe des Betrags entscheidet jährlich auf Antrag des Stadtrats der Gemeinderat im Rahmen des Voranschlags. Die zur Verfügung stehende Summe soll zu gleichen Teilen für die In- und Auslandhilfe verwendet werden.»

Das Stimmvolk nahm den Antrag mit 2540 Ja-Stimmen zu 1370 Nein-Stimmen an. Seither hat der Stadtrat diesen Volksentscheid nie wirklich umgesetzt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

4. April 2011

Die Unterzeichnenden laden den Stadtrat ein, folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb wurde der Volksentscheid vom Stadtrat nicht umgesetzt?
2. Ist der Stadtrat der Meinung, die versäumten Zahlungen rückwirkend nachzuzahlen?
3. Ist der Stadtrat bereit, den Volksentscheid künftig umzusetzen?"

**Samuel Lienhart** begründet seinen Vorstoss wie folgt: „Die Initiative, die vom Souverän am 10. Juni 2001 mit grossem Mehr angenommen wurde, verlangt, dass maximal 1% des einfachen Staatssteuerbetrags für die Finanzierung von langfristigen Projekten in Entwicklungsgebieten aufgewendet werden sollen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben also ja gesagt zu einem Maximalbetrag, nicht aber definiert, was das Minimum sein soll. So gesehen haftet der Initiative meiner Meinung nach ein Mangel an. Es muss rechtlich gesehen kein Geld für die Entwicklungshilfe im In- und Ausland ausgegeben werden.

Doch ich bin mir sicher, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht davon ausgegangen sind, dass wie in den letzten Jahren überhaupt nichts in Sachen Entwicklungshilfe geschehen soll. Seit 2003 schreibt die Stadt Bülach schwarze Zahlen. Darüber bin ich froh. Die Rechnungsabschlüsse sind auch dieses Jahr wieder ausserordentlich positiv. Davon konnten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler profitieren. Es ist jetzt aber an der Zeit, dem Volkswillen nachzukommen. Ich möchte, dass die Stadt Bülach jetzt wieder langfristige und nachhaltige Projekte im In- und Ausland mitfinanziert. Das sind wir all denjenigen schuldig, die nicht wie wir auf der Sonnenseite des Lebens wohnen. Dies gilt im Inland genauso wie im Ausland. Wir können und sollten uns jetzt diese 1% leisten. Ich bitte den Stadtrat daher die notwendigen Aufwendungen ins Budget aufzunehmen und ersuche den Gemeinderat diese Gelder auch tatsächlich zu sprechen. Entwicklungshilfe ist eine Investition in die Gerechtigkeit und darum geht es doch letztendlich.“

**Stadtpräsident Walter Bosshard** beantwortet die Fragen wie folgt:

- „1. In den Jahren 1998 bis 2001 hat der Stadtrat dem Parlament jährlich durchschnittlich rund 150 000 Franken für die In- und Auslandhilfe beantragt. Der Volksentscheid vom 10. Juni 2001 hätte aufgrund der Vorlaufzeit beim Budgetprozess erstmals im Jahr 2003 umgesetzt werden können. In dieser Zeit wurden aber die Auswirkungen der Schliessung von Schneider Europe und das wirtschaftlich schwierige Umfeld für die Stadt Bülach finanziell stark spürbar. Am 1. Juli 2004 beschloss der Stadtrat mit „Büli+“ ein Sparprogramm, das Einsparungen in allen Bereichen der Stadt verlangte. Büli+ galt für vier Jahre, vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008 und führte zu einer Ergebnisverbesserung von insgesamt 4,1 Mio. Franken. Von Büli+ betroffen war auch die In- und Auslandhilfe. Im Rahmen seiner Legislaturplanung 2010/14 hat der Stadtrat aber bereits 2010 seine Absicht kundgetan zu prüfen, wie der



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

4. April 2011

Volksentscheid zur In- und Auslandhilfe nun umgesetzt werden kann (siehe Legislaturprogramm 2010/14, S. 32).

2. Nachzahlungen wird es keine geben. Die Zahlungen wurden nicht versäumt, sondern aufgrund des Ergebnisverbesserungsprojekts Büli+ ausgesetzt. Zudem fehlt ohne die Zustimmung des Gemeinderats via Voranschlag die Legitimation, Zahlungen (nachträglich) auszurichten.
3. Der Stadtrat wird den Volksentscheid ab 2012 umsetzen. Im Rahmen der Budgetierung wird ein Betrag entsprechend vorgesehen. Ein Konzept mit Vergaberichtlinien liegt dem Stadtrat im Entwurf vor und wird in Kürze mit der zuständigen Fachkommission diskutiert. Es gilt zu beachten, dass der Gemeinderat aufgrund des Volksentscheids bis maximal 1% des einfachen Staatssteuerertrags für In- und Auslandhilfe beschliessen kann, dass er aber zu keinem Mindestbetrag verpflichtet ist.

**Samuel Lienhart** bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation.

Es wird kein Antrag auf Diskussion gestellt.

Traktandum 4

### **Städtische Liegenschaft Allmendstrasse 8, Stadthalle, Erneuerungsarbeiten (5. Etappe); Bauabrechnung**

---

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor. Sie beantragt mehrheitlich die Bauabrechnung zu genehmigen.

Die RPK erachtet nach vorgängigen Abklärungen beim Bezirksrat folgende Bemerkung für notwendig:

- Der Stadtrat ist berechtigt, die durch die Legislative genehmigten Arbeiten im Rahmen des Baukredits auszuführen.
- Nimmt der Stadtrat wesentliche Änderungen gegenüber den von der Legislative genehmigten Vorgaben vor, so ist er verpflichtet, die bewilligende Instanz zu informieren. Dies auch wenn diese Änderungen in der Kompetenz des Stadtrats liegen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

- Wesentliche Änderungen sind nicht im Kredit aufgeführte Arbeiten grösseren Ausmasses. Dies war in der hier behandelten fünften Erneuerungs-Etappe eindeutig der Fall.
- Diese Regelung gilt für alle Kredite, welche die Legislative bewilligt.

**Alfred Schmid** erklärt namens der RPK, es sei nicht üblich, dass für die Prüfung einer Bauabrechnung von Seiten der RPK ein halbes Jahr gebraucht werde. Die RPK habe aber mit dem Bezirksrat einige Fragen abgeklärt, weshalb sich der Abschied verzögerte.

Der Baukredit von 650 000 Franken, welcher vom Gemeinderat bewilligt worden war, hat aufgefunden 729 000 Franken betragen (bedingt durch die Teuerung). Die Bauabrechnung lautete dann auf 656 415 Franken. Das bedeutet eine Kreditunterschreitung von 72 885 Franken bzw. 10%. Die Belege sind sachlich einwandfrei geführt worden und die Abrechnung ist klar und übersichtlich.

Kreditunterschreitungen kann es geben bei zu hohem Budget, zu viel einkalkulierten Reserve, wenn nicht das gemacht wird, was hätte gemacht werden sollen oder bei ausgezeichneter Arbeit. Bei der Prüfung der Abrechnung seien der RPK folgende BKP-Positionen speziell aufgefallen:

<b>BKP-Position</b>	<b>Betrag</b>	<b>Grund</b>
Elektroanlagen	- 51 000 Franken	günstiger vergeben
Lüftung	- 40 000 Franken	nicht ausgeführt (diverse Gründe)
Metallbauarbeiten	+ 43 000 Franken	im KVA nicht enthalten
Bodenbeläge	+ 31 000 Franken	andere Lösung als im KVA
Schliessanlage	+ 42 000 Franken	war nicht vorgesehen
Mobilien	+ 25 000 Franken	im KVA nicht enthalten
Unvorhergesehenes/Reserve	- 40 000 Franken	wurde nicht benötigt

Aufgrund dieser Situation hat die RPK die Fachkommission IV beauftragt, einen Fachbericht zu erstellen. Das Fazit der FK IV war, dass die ausgeführten Arbeiten nicht durchgehend den vom Gemeinderat beschlossenen Positionen entsprechen, diese aber als sinnvoll zu erachten sind. In Bezug auf die Ausführung der Arbeiten und deren Notwendigkeit konnten keine Mängel festgestellt werden.

Die RPK hat sich wegen den grossen Postenabweichungen an den Bezirksrat gewandt. Die Antwort des Bezirsrats ist den Bemerkungen auf dem Abschied zu entnehmen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

Die RPK war sich nicht einig, ob die Abrechnung genehmigt werden soll oder nicht. Schlussendlich sprach sie sich aber mehrheitlich für Abnahme und für die Entlastung des Stadtrats aus.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** dankt für den ausführlichen Bericht. Er ist nicht ganz einverstanden mit allen Ausführungen der RPK. Im Verlauf der Bauzeit ab 2005 habe man erkannt, dass kleine Änderungen innerhalb des BKP vorgenommen werden müssen.

Die eine Änderung (Lüftung Küche), die gemacht wurde, sei nicht kommuniziert worden. Dafür möchte er sich entschuldigen. Ansonsten glaubt er immer gut und ausführlich informiert zu haben.

Den Entscheid, die Schliessanlage zu ersetzen, habe man gefällt, nachdem in die Stadthalle eingebrochen wurde. Die genannte „Mehrzahl“ von Abweichungen könne er so nicht stehen lassen. Es handle sich um eine einzige Änderung.

### Fraktionserklärungen

Keine Wortmeldung

### Detailberatung

**Andrea Spycher** glaubt, die Verärgerung der RPK sei unter anderem, weil im 2006 schon explizit erwähnt wurde, dass nur werterhaltende Arbeiten vorgenommen werden sollen. Gärtnerarbeiten seien aber nicht als werterhaltend einzustufen. Dieser Umstand werde der Grund gewesen sein für die Weiterleitung an den Bezirksrat.

### Abstimmung

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 18 Ja : 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

1. Die Bauabrechnung über die Erneuerungsarbeiten in der Liegenschaft Allmendstrasse 8, Stadthalle, wird mit Aufwendungen von Fr. 656'415.35 und einem Minderaufwand von Fr. 72'884.65 genehmigt.



## Protokoll

Behörde Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

2. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - André Rollin, Leiter Finanzen
  - Christoph von Hornstein, Leiter Sport und Kultur
  - Markus Burkhard, Leiter Bau und Umwelt
  - Max Solci, Liegenschaftenverwaltung

Traktandum 5

### **Feldstrasse, Neubau Rad- und Gehweg Kaffeestrasse - Schritwisenweg, Neubau Gehweg Schritwisenweg – Ackerstrasse; Genehmigung Bauabrechnung**

---

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor. Sie beantragt einstimmig die Bauabrechnung zu genehmigen.

Als Bemerkung hat die RPK auf dem Abschied vermerkt:

- Die Bauabrechnung weist einen sehr hohen prozentualen Kostenanteil der WS-Ingenieure AG (32.9%) an den Gesamtaufwendungen auf. Der Stadtrat hat auf Antrag der RPK eine detaillierte Begründung verfasst. Diese ist teilweise nachvollziehbar.
- Der Stadtrat weist zudem darauf hin, dass er verwaltungsinterne Massnahmen getroffen habe, die zur Verminderung der fachspezifischen Abhängigkeit von der WS Ing. AG im Tiefbaubereich führen sollen. Ein Teil der Massnahmen ist der RPK bekannt.
- Die RPK stellt fest, dass von der Stadtverwaltung keine Überprüfung erfolgt bzw. gemacht werden kann, ob die von der WS Ingenieure AG in Rechnung gestellten Stunden auch tatsächlich geleistet worden sind. Für die Abt. Bau und Umwelt ist für alle externen Dienstleistungen das Vertrauen die Basis für die Zusammenarbeit.
- Die RPK erwartet, dass mit dem „neuen“ Tiefbausekretär auch wirklich eine Verminderung der oben erwähnten Abhängigkeit erreicht wird und dass bei der angekündigten Überprüfung des Rahmenvertrags mit der WS Ingenieure AG die oben erwähnten Punkte entsprechend berücksichtigt werden.
- Die RPK wird die Wirkung der umgesetzten Massnahmen (siehe oben) aufmerksam verfolgen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

**Richard Karlsson** erklärt namens der RPK, das Geschäft sei einstimmig angenommen worden. Der Kostenanteil von 32.9% für die WS-Ingenieure AG gemessen am Gesamtaufwand sei nicht verhältnismässig. Die RPK werde auch künftig ein Auge auf die Ingenieurkosten werfen. Sie beantrage dennoch einstimmig die Annahme der Bauabrechnung.

### Fraktionserklärungen und Detailberatung

Keine Wortmeldung

### Abstimmung

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 24 Ja Stimmen:

1. Die Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 25. Mai 2010 über den Neubau des Gehwegs und Rad-/Gehwegs Feldstrasse mit Aufwendungen von Fr. 1'084'672.05 und einer Kostenunterschreitung von Fr. 354'327.95 wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - Andre Rollin, Abteilungsleiter Finanzen

Traktandum 6

**Dienstbarkeitsvertrag zwischen dem Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) und dem Kanton Zürich - Jährlich wiederkehrende Baurechtszinsen von 547'095 Franken, Anteil Bülach: 55'905 Franken**

---

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrags.

**Walter Fehr** erklärt namens der RPK, der Ausbau von Pflegeplätzen am Standort Embrach sei kaum mehr bestritten.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

Die Delegierten haben dem Dienstbarkeitsvertrag zugestimmt und auch die Bevölkerung hat der Umwandlung des KZU in eine interkommunale Anstalt zugestimmt. Der Dienstbarkeitsvertrag bringt wesentlich mehr Raum zu einem günstigeren Mietszins als bisher. Zudem werden diese Baurechtszinsen nach einem vertretbaren Verteilschlüssel ermittelt und belastet (Einwohnerzahl und Steuerkraft der 21 Verbandsgemeinden). Die RPK empfiehlt daher einstimmig dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Er merkt an, dass schon klar über 50% der Gemeinden zugestimmt haben und das erforderliche Quorum bereits erreicht ist. Auch ohne die Zustimmung des Gemeinderats wäre die Stadt Bülach somit verpflichtet den Betrag zu bezahlen.

### Eintretensdebatte, Fraktionserklärungen und Detailberatung

Keine Wortmeldung

### Abstimmung

Der Gemeinderat **beschliesst** mit 24 Ja Stimmen:

1. Dem Dienstbarkeitsvertrag zwischen dem Krankenhausverband Zürcher Unterland und dem Kanton Zürich sowie dem damit verbundenen jährlich wiederkehrenden Baurechtszins von Fr. 547'095.00 mit einem Anteil für Bülach von Fr. 55'905.00 (Gemeindebeitrag Fr. 83'318.00, abzüglich Mieterträge von Fr. 27'412.00) wird zugestimmt. Vorbehalten bleibt die Genehmigung des Baurechtsvertrages durch den Regierungsrat des Kantons Zürich und der Verbandsgemeinden sowie die Erteilung der rechtskräftigen Baubewilligung für das Pflegezentrum Embrach.
2. Der Beschluss unterliegt gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Wird ein solches ergriffen, ist der Stadtrat mit der Ausarbeitung des beleuchtenden Berichts beauftragt.
3. Mitteilung an
  - Stadtrat
  - André Rollin, Abteilungsleiter Finanzen



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

Traktandum 7

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

#### **Fragen von Esther Caviola zur Sozialbehörde**

Der Gemeinderat hat vor gut einem Jahr die Mitglieder der Sozialbehörde gewählt. Unterdessen sind Gerüchte im Umlauf, welche behaupten, dass die Behörde durch grosse Unstimmigkeiten und Unruhen durchgeschüttelt worden bzw. sogar aktuell nicht handlungsfähig sei. Wir bitten deshalb den Stadtrat um Antwort auf folgende Fragen:

1. Wie ist die Sozialbehörde organisiert?
2. Wie verläuft die Zusammenarbeit unter den Behördenmitgliedern einerseits, mit den Klienten und mit den MitarbeiterInnen der zuständigen Verwaltungsstelle andererseits?
3. War/ist die Behörde tatsächlich nicht handlungsfähig?  
Falls ja: Was ist der Grund dafür?
4. Wie wirkt sich das auf die Arbeit der Behörde aus?
5. Wie wirkt sich das auf die Klientel aus? Kann eine seriöse Fallbearbeitung unter den gegebenen Umständen gewährleistet werden?
6. Was wird unternommen, damit die Behörde ihre Arbeit wieder aufnehmen und seriös weiterführen kann?

**Stadtrat Mark Eberli** antwortet wie folgt:

„1. Wie ist die Sozialbehörde organisiert?

Die Sozialbehörde bestehend aus 5 Mitgliedern inklusive dem Präsidenten ist verantwortlich für die Bereiche Vormundschaft und Sozialhilfe. Sie tagt monatlich und behandelt mit den jeweiligen Leitern dieser Bereiche die Fälle, welche nicht schon auf Grund der Kompetenzordnung der Behörde in der Kompetenz der Verwaltung liegen.

2. Wie verläuft die Zusammenarbeit unter den Behördenmitgliedern einerseits, mit den Klienten und mit den MitarbeiterInnen der zuständigen Verwaltungsstelle andererseits?

Sie haben es leider bereits in der Presse ausführlich lesen können. Die Zusammenarbeit innerhalb der Behörde ist zurzeit gestört. Die Zusammenarbeit zwischen der Behörde und der Verwaltung ist mit einer Ausnahme gut.

3. War/ist die Behörde tatsächlich nicht handlungsfähig? Falls ja: Was ist der Grund dafür?  
Obwohl innerhalb der Behörde ein Konflikt vorhanden ist, war und ist die Behörde handlungsfähig. Die Behörde tagte einmal unter Aufsicht des Bezirksrates und einmal musste sie mangels Teilnehmenden kurzfristig abgesagt werden. Die Absage der letzten Sitzung ist das was Sie als „etwas



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

Gravierendes“ in der Presse lesen konnten. Wie Sie bereits aus der Medienmitteilung vom 23. März entnehmen konnten, musste ich in diesem Fall dringende Beschlüsse präsidial entscheiden.

Der Entscheid des Bezirksrates ist meines Erachtens klar und markiert deutlich die zukünftige Zusammenarbeit. Wir müssen jedoch warten bis dieser rechtskräftig wird und das ist, falls es keinen Rekurs beim Regierungsrat gibt, am 7. April 2011 der Fall.

#### 4. Wie wirkt sich das auf die Arbeit der Behörde aus?

Eine sofortige Zusammenarbeit ist zurzeit zumindest in Frage gestellt. Ebenfalls müssen wir leider mit Rücktritten aus der Sozialbehörde rechnen. Ich hoffe, dass die Mehrheit der Behördenmitglieder bleibt, damit wir unsere Geschäfte auf dem ordentlichen Weg beschliessen können.

#### 5. Wie wirkt sich das auf die Klientel aus? Kann eine seriöse Fallbearbeitung unter den gegebenen Umständen gewährleistet werden?

Da die Sozialbehörde eine strategische und keine operative Aufgabe hat, wirkte sich dieser Konflikt nicht auf die Klienten aus. Die Leiterin der Vormundschaft und der Leiter des Sozialamtes leisten mit ihren Teams nach wie vor eine hervorragende Arbeit.

#### 6. Was wird unternommen, damit die Behörde ihre Arbeit wieder aufnehmen und seriös weiterführen kann?

An der nächsten Sitzung vom 18. April 2011 wird sich die Behörde mit dem Entscheid des Bezirksrates auseinandersetzen. Die Behördenmitglieder werden dann die Rahmenbedingungen für eine weitere Zusammenarbeit neu definieren.

**Esther Caviola** ist mit der Antwort nicht ganz zufrieden. Sie möchte wissen, was der Bezirksrat entschieden hat.

**Stadtrat Mark Eberli** erklärt, es handle sich um ein internes Papier über die beiden Aufsichtsbeschwerden.

**Esther Caviola** hat aus der Presse schon mehr erfahren als heute vom Stadtrat. Die SP-Fraktion bedauert es, dass die Behörde so schlecht da steht. Bereits im Vorfeld zu den Behördenwahlen haben SP und Grüne befürchtet, dass es so weit kommen könnte. Die Sozialbehörde sei von öffentlichem Interesse. Sie regt deshalb seitens der SP an, dass die Sozialbehörde geschlossen zurücktreten soll, damit der Gemeinderat Neuwahlen durchführen kann.



## Protokoll

Behörde Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

### Fragen von Patrick Tantanini zum Zentralen Verwaltungsgebäude

Auf meine Anfrage vom vergangenen September haben Sie geantwortet, dass alles auf gutem Wege sei und dass die Vorbereitungsarbeiten für den Wettbewerb laufen. Seither herrscht Funkstille zu diesem Thema. Ich erlaube mir deshalb, rund 6 Monate später, erneut eine Frage zu den Kernpunkten meiner letzten Anfrage an Sie zu richten:

- Liegt inzwischen eine konkrete (schriftliche?) Stellungnahme der reformierten Kirchgemeinde bzw. des Heimatschutzes zum ZVG-Projekt vor und wenn ja, welches ist der Inhalt dieser Stellungnahmen.

**Stadtrat Willi Meier** dankt für die Frage. An der heutigen Sitzung war eine Information geplant zum Thema Zentrale Stadtverwaltung.

Eine Stellungnahme der reformierten Kirche liegt vor. Diese fordert den Grenzabstand. Das fliesst nun in die Studie ein. Auch ein erstes Resultat vom Ortsbild- und Heimatschutz liegt vor. Noch diese Woche ist eine Besprechung geplant. Weiter ist man intensiv in Verhandlungen mit dem Investor und stadtintern erarbeitet man ein Raumprogramm. Diverse Besichtigungen wurden bereits gemacht. Die Zusammenarbeit findet statt mit Firma RESO Partners AG. Ein möglicher Bau könnte ab 2014 beginnen. Die Verhandlungen und Abklärungen brauchen sehr viel Zeit.

### Fragen von David Galeuchet zu Grundstücksgeschäften

In jüngster Zeit hat die Stadt Bülach mehrere Grundstücke und Liegenschaften wenig erfolgreich verkauft. Entweder wurden die Ziele der Stadt vertraglich nicht klar festgehalten oder der Erlös viel durch Fehler der Verwaltung sehr gering aus.

Da es sich bei den Grundstücken um ein endliches Gut handelt und durch die durch den SIL und ein allfälliges Endlager Einzonungen in näherer Zukunft als eher unwahrscheinlich einzustufen sind, drängen sich folgende Fragen auf:

1. Über wie viele Liegenschaften und bisher nicht überbaute, aber weiterhin überbaubare Grundstücke in allen (Bau-)Zonen verfügt die Stadt Bülach im Finanzvermögen nach dem Verkauf obiger Grundstücke (sowohl Anzahl als auch flächenmässiger Umfang)?
2. Besteht eine Strategie zur zukünftigen Bewirtschaftung und Nutzung dieser Grundstücke und Liegenschaften? Wenn ja: Wie sieht diese aus? Anhand welcher Kriterien wurde diese ausgearbeitet? Wurde diese dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht? Insbesondere: Nach welchen Kriterien innerhalb dieser Strategie wird entschieden, ob, wann und welche dieser Liegenschaften und Grundstücke veräussert werden?



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

3. Wie ist die Regelung der Kompetenzen bei der Betreuung von Geschäften über solche Grundstücke (Verkäufen sowie weiteren wie z.B. der Errichtung von Dienstbarkeiten) innerhalb der Verwaltung geregelt und welche Abteilung nimmt die Führung und Koordination bei solchen Geschäften wahr?
4. Besteht die Absicht, den aus den genannten Verkäufen erzielten Erlös innerhalb der vom Stadtrat gewählten Strategie für Ersatzanschaffungen von weiteren Grundstücken oder Liegenschaften (überbautes und/oder überbaubares Bauland) zu verwenden? Wenn nein: Weshalb nicht?
5. Die vom Zweckverband genutzten Räume des ehemaligen Psychiatriezentrums Hard werden vom Eigentümer – dem Kanton Zürich – lediglich im Baurecht zur Verfügung gestellt. Aus welchen Gründen hat der Stadtrat zur Sicherung des Grundbesitzes diese Lösung für die beiden Liegenschaften Soligänter- bzw. Trotten-/Berglistrasse verworfen und den Verkauf (und nachfolgend das Mieten der betreffenden Räumlichkeiten) an Dritte beschlossen?

**Stadtrat Willi Meier** nimmt die Fragen im Sinne einer Anfrage als parlamentarischen Vorstoss entgegen und wird diese innert zwei Monaten beantworten.

### **Fragen von Cornel Broder zum Bauland Südweg/Schritwiseweg/Zürichstrasse**

An der Sitzung vom 13. Dezember 2010 stellte Cornel Broder bereits diverse Fragen zum Thema Bauland Südweg/Schritwiseweg/Zürichstrasse. Er dankt dem Stadtrat für die schriftliche Antwort, die dem letzten Protokoll als Anhang beigelegt wurde. Nun möchte er kurz Stellung nehmen zur Antwort. Er wünscht sich vom Stadtrat, dass dieser in seiner Kommunikation auch die Aufwendungen der Spezialfinanzierung vermerkt. Wenn er die Sachlage richtig versteht, resultiert nach Addition aller Aufwendungen insgesamt nun ein Verlust.

**Stadtrat Willi Meier** stimmt zu, dass unter Berücksichtigung beider Kassen ein Minus resultiert. Jedoch hätte die Stadt diese Kosten auch dann übernehmen müssen, wenn das Bauland von einem Privaten an einen Privaten verkauft worden wäre.

**Cornel Broder** bittet den Stadtrat um transparente Kommunikation und deshalb auch die beiden Kassen zu erwähnen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom 4. April 2011

### **Fragen von Claude Schwank zum Thema Kultur in Bülach**

Claude Schwank freut sich über die vielen kulturellen Veranstaltungen in Bülach während dem Jubiläumsjahr 2011. Er fragt den Stadtrat was im 2012 für kulturelle Veranstaltungen anstehen. Es gebe zwar ein Kulturkonzept, die Grüne Fraktion interessiere sich aber welche konkreten Massnahmen zum kulturellen Leben in Bülach ergriffen werden.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** bittet die Gemeinderäte künftig Anfragen nicht erst am Tag der Gemeinderatssitzung einzureichen. Der Stadtrat gebe gerne Auskunft, für eine fundierte Beantwortung sei aber genügend Zeit für Abklärungen zu gewähren.

Es ist richtig, dass 2011 ein besonderes Jahr ist. Im Mai findet die Stafette statt. Die Originalurkunde befindet sich am Tag der Stafettenankunft in Bülach. Auch das Freilichtspektakel ist auf bestem Weg. Der Vorverkauf hat bereits gestartet. Nach dem Freilichtspektakel folgen im Juli die Bülacher Jazztage.

Auch wenn die Stelle einer/eines Kulturbeauftragten leider nicht bewilligt worden ist, möchte man gleich viel Kultur anbieten wie bis anhin. Weiterhin durchgeführt werden: Bächtelen, 1. August-Feier, Kulturapéro und die Kulturpreisverleihung. Die Kulturvereine werden nach wie vor von der Stadt unterstützt. Auch im Guss finden wieder viele Anlässe statt. Es wird viel geleistet und wurde viel geleistet. Der Stadtrat wird sich zudem an den nächsten beiden Sitzungen über den Guss unterhalten. Zudem ist geplant, dass die IG Jazztage die Jazztage wieder alle zwei Jahre nach Bülach bringt.

### **Fragen von Manuel Hüsler zur Sozialbehörde bzw. Abteilung Vormundschaft**

Mark Eberli hat in den Antworten auf die von Esther Caviola vom Leiter Soziales und Leiter Vormundschaft gesprochen. Er fragt, ob die Leitung der Vormundschaft nun neu besetzt worden sei. Man habe nie etwas über eine Neubesetzung gehört.

**Stadtrat Mark Eberli** erklärt, es bestehe eine Interimslösung für die Leitung der Abteilung Vormundschaft. Frau Ursula Herren leite die Vormundschaftsbehörde bis es im 2013 eine regionale Lösung gibt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

### **Antworten von Stadtrat Willi Meier zur Frage von Claude Schwank aus der letzten Sitzung betr. Lärmsituation in der Kopfgasse**

Das Altstadtpub plant ein Fumoir. Das Pub steht vor den gleichen Problemen wie das Hotel/Restaurant zum Goldenen Kopf. Die benötigte Lüftung kostet viel Geld. Gemäss Abklärungen werden im Pub die Gäste darauf aufmerksam gemacht, draussen möglichst ruhig zu sein. Zudem werden seitens der Stadtpolizei regelmässig Kontrollen durchgeführt.

Die noch offene Frage, ob der Pachtzins des Hotel/Restaurant zum Goldenen Kopf angepasst wird, kann mit nein beantwortet werden.

In der Altstadt wird man die Lärmprobleme nie vollständig lösen können. Alle Beteiligten geben sich grosse Mühe die Lärmemission möglichst gering zu halten.

Traktandum 8

### **Verschiedenes**

---

#### **Fraktionserklärung der Grünen „Die Bürgerlichen Parteien schnarchen auf einem Minenfeld“**

**Johanna Wirth Calvo** verliest folgende Fraktionserklärung: „Am 23. 3. lesen wir in der Presse vom Krach in der Sozialbehörde. «Die Vergehen von Claudio Schmid wiegen so schwer, dass der Bezirksrat den SVP Kantonsrat eigentlich seines Amtes in der Sozial- und Vormundschaftsbehörde der Stadt Bülach entheben müsste» (ZU). Es wird nachgewiesen, dass Schmid massiv Kompetenzen überschreite.

Wir haben bereits am 3. Dezember 2010 in einem Mail den Stadtrat angefragt, ob die Behörde noch funktioniere. Die Antwort war damals ja. Wir erfahren aber nun, dass in Tat und Wahrheit die dringenden Geschäfte nur noch abgewickelt werden konnten, weil der Stadtrat seine Entscheidung allein gefüllt hat. Das heisst konkret: eine demokratisch gewählte Behörde mit demokratischer Struktur wird seit Monaten lahm gelegt, weil eines der Mitglieder seine Kompetenzen massiv überschreitet und die Zusammenarbeit unmöglich macht. Und jetzt lesen wir in der Presse, dass man dieses Mitglied eigentlich seines Amtes entheben müsste und die Vermutung liegt nahe, dass es dem Bezirksrat schwer fiel den Parteikollegen vor vollendete Tatsachen zu stellen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr.  
Sitzung vom

Genau vor einem Jahr habe ich bei der Wahl von Schmid in die Sozialbehörde den Gemeinderat darauf hingewiesen, dass Schmid eine lange Geschichte von gesetzlichen Balanceakten hinter sich hat. Schmid ist leider seit Jahren dafür bekannt, dass er regelmässig Kompetenzen überschreitet und sich mit seinen Methoden als Politiker an der legalen Grenze bewegt. Wir müssen hier keine Beispiele mehr anfügen. Wie lange braucht es eigentlich, bis es auch dem letzten Bülacher klar geworden ist, dass uns Schmid mit seinem Verhalten unglaubliche Mehrkosten verursacht?

Vor einem Jahr haben wir von den Grünen die FDP, die EVP und die SVP/EDU darauf hingewiesen, dass sie die Verantwortung übernehmen müssen, wenn sich Schmid nicht kooperativ verhalte. Nun ist genau eingetreten, was wir leider vorausgesehen haben. Sollte in einem heiklen Geschäft - zum Beispiel einer Kinderschutzmassnahme - die in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkte Sozialbehörde einen Fehlentscheid treffen, müssen die beiden Parteien personelle Verantwortung übernehmen. Die Grüne Partei verlangt von der SVP und der FDP, dass sie nicht mehr länger auf diesem Minenfeld schnarchen und endlich der Öffentlichkeit innerhalb dieses Monats eine konstruktive Lösung vorlegen.“

### 1. Mai 2011

**Walter Fehr** weist auf den 1. Mai-Anlass im Guss hin.

### Einweihung Kunstrasen am 8. Mai 2011

**Stadtrat Jürg Hintermeister** freut sich auf das Eröffnungsspiel auf dem neuen Kunstrasen am 8. Mai 2011. Um 11.00 Uhr startet ein Cüpli-Anlass für die offizielle Eröffnung des Kunstrasens. Anschliessend um 12.30 Uhr findet das Spiel FC Politik gegen FC Gewerbe statt. Alle sind bei diesem Anlass willkommen, ob als Spieler oder als Fan.

### Informationen des Vorsitzenden

#### Ratsherrenschieszen

Das Ratsherrenschieszen findet am 18. Juli 2011 in Rüti statt. Die Unterlagen für die Anmeldungen werden vom Veranstalter Ende April/Anfang Mai 2011 verschickt.

#### Apéro

**Der Vorsitzende** lädt zum Apéro zur Feier seiner Wahl an die Murgasse ein. Alle Anwesenden, die Lernenden, das Publikum und die Behördenmitglieder sind herzlich dazu eingeladen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat, Büro

Beschluss-Nr. 4. April 2011  
Sitzung vom

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Beschlüsse aus der Sitzung vom 24. Januar 2011 rechtskräftig geworden sind. Er verweist zudem auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 7. April 2011

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Stephan Stottele  
Gemeinderatspräsident

Denis Faoro  
1. Vizepräsident

Michael Graf  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung